

Stadt	11.12.2018 17:00 Uhr	Integrationsrat
Oberhausen	Wahlzeit 2014/2020	Niederschrift
23. Sitzung des Integrationsrates		
Rathaus Oberhausen, Raum 217, Ratssaal, Schwartzstraße 72, 46045 Oberhausen		

Anwesende

Frau Nagihan Erdas
 Frau Habibe Demirci
 Herr Etem Basoglu
 Herr Behcet Ciftci
 Frau Zahide Derin
 Herr Muhammet Erdogan
 Herr Recep Kocaoglu
 Herr Ercan Telli
 Herr Ertekin Aksünger
 Frau Abba Dela Babanawo
 Herr Saadettin Tüzün
 Herr Bülent Sahin
 Frau Karin Dubbert
 Herr Lühr Koch
 Frau Andrea-Cora Walther
 Herr Saffet Ersoy

Abwesende

Herr Sedat Akarca
 Herr Samet Arik
 Herr Avni Cömez
 Herr Ünal İlhan
 Herr René Pascheberg
 Herr Michael Jackson Arulanantham
 Herr Helmut Bennewa
 Herr Bertan Güntürk
 Herr Hakan Gürer
 Frau Teresa Pollara-Gennaro
 Frau Kirsten Oberste-Kleinbeck
 Herr Stefan Zimkeit
 Frau Bürgermeisterin Stefanie Opitz
 Herr Christian Ejodamen
 Frau Alphonsine Kalala

Stadt Oberhausen	11.12.2018 17:00 Uhr	Integrationsrat
	Wahlzeit 2014/2020	Niederschrift
23. Sitzung des Integrationsrates		
Rathaus Oberhausen, Raum 217, Ratssaal, Schwartzstraße 72, 46045 Oberhausen		

Verwaltung

Costecki, Britta
 Kalthoff, Dieter
 Lippke, Günter
 Schönfeld-Nastoll, Ulrike
 Tsalastras, Apostolos
 Schuler, Immanuel
 Hölscher, André
 Tuna, Timur
 Özcelik, Nese
 Dr. Jordan-Ecker, Ute

Geschäftsstelle

Telli, Ecan

Gäste

Boy, Roland
 Bulut, Melek

Außerdem

Gewehr, Nadine (Lokalpresse)

Stadt Oberhausen	11.12.2018 17:00 Uhr	Integrationsrat
	Wahlzeit 2014/2020	Niederschrift
23. Sitzung des Integrationsrates		
Rathaus Oberhausen, Raum 217, Ratssaal, Schwartzstraße 72, 46045 Oberhausen		

Tagesordnung:

I. ÖFFENTLICHER TEIL

- 1 Haushaltssanierungsplan 2019 ff.
Vorlage: B/16/4063-01

- 2 Interkulturelle Seniorenarbeit im Quartier, am Beispiel Oberhausen-Osterfeld.
Melek Bulut, Ruhr-Universität Bochum, Fakultät für Sozialwissenschaften

- 3 Kommunales Integrationskonzept (KIKO)
Sachstandsbericht

- 4 Wartezeiten und Probleme bei der Einbürgerung
Horst Ohletz, Bereichsleiter des Bürgerservices, öffentliche Ordnung

- 5 Herkunftssprachlicher Unterricht (HSU)
Vorlage: M/16/3926-01

- 6 Familienbericht 2017
Vorlage: M/16/4088-01

- 7 Sachstand § 27 Gemeindeordnung NRW

- 8 Förderantrag Alevitische Gemeinde Alt-Oberhausen und Umgebung e.V.

- 9 Mitteilungen und Anfragen

Stadt Oberhausen	11.12.2018 17:00 Uhr	Integrationsrat
	Wahlzeit 2014/2020	Niederschrift
23. Sitzung des Integrationsrates		
Rathaus Oberhausen, Raum 217, Ratssaal, Schwartzstraße 72, 46045 Oberhausen		

Vorsitzende Erdas eröffnet die 23. Sitzung des Integrationsrates und begrüßt die Anwesenden.

Vors. Erdas stellt fest, dass der Integrationsrat beschlussfähig ist und die Einladung zur Sitzung form- und fristgerecht erfolgt ist.

Herr Tsalastras und Frau Bulut haben aus dienstlichen Gründen gebeten, da Beide noch Anschlusstermine haben, zu Beginn berichten zu dürfen. Vors. Erdas möchte dieser Bitte entsprechen, dementsprechend verschieben sich die Tagesordnungspunkte.

TOP 1 Haushaltssanierungsplan 2019

TOP 2 Interkulturelle Seniorenarbeit im Quartier, am Beispiel Oberhausen-Osterfeld

Die weiteren Tagesordnungspunkte verschieben sich dementsprechend nach hinten.

Es werden keine weiteren Anmerkungen geäußert, somit gilt die veränderte Tagesordnung als angenommen.

Stadt Oberhausen	11.12.2018 17:00 Uhr	Integrationsrat
	Wahlzeit 2014/2020	Niederschrift
23. Sitzung des Integrationsrates		
Rathaus Oberhausen, Raum 217, Ratssaal, Schwartzstraße 72, 46045 Oberhausen		

I. ÖFFENTLICHER TEIL

1. Haushaltssanierungsplan 2019 ff. Vorlage: B/16/4063-01

Vors. Erdas erteilt Herrn Tsalastras das Wort.

Herr Tsalastras berichtet im Allgemeinen über den Haushalt (siehe Vorlage). Dazu nennt er einige Aspekte des Zustandekommens des Planes. Der Haushaltsplan 2019 beläuft sich auf die Gesamtsumme 845 Mio. Euro. - Aufwendungen aktuell von 844,1 Mio. mit einem Puffer von 800.000,00 €.

Herr Tsalastras weist darauf hin, dass der beschlossene Haushalt nur auf Grund einer guten Wirtschaftslage und niedriger Zinsbelastung zu Stande kam. Der Haushalt funktioniert in dieser Form, wenn die Zinssituation sich nicht ändert.

Vors. Erdas fragt nach, ob es in der Integrationsarbeit keine Kürzungen für 2019 gibt. Herr Tsalastras bestätigt, dass im Bereich Integration keine Kürzungen vorgenommen werden.

Vors. Erdas beendet den TOP und bedankt sich bei Herrn Tsalastras.

2. Interkulturelle Seniorenarbeit im Quartier, am Beispiel Oberhausen-Osterfeld. Melek Bulut, Ruhr-Universität Bochum, Fakultät für Sozialwissenschaften

Vors. Erdas erteilt zunächst Herrn Telli und im Anschluss Frau Bulut das Wort

Herr Telli berichtet, dass trotz vielfacher Bemühungen die Regelversorgung in Oberhausen nicht alle Menschen erreicht, insbesondere die Zielgruppe der Senior*Innen mit Migrationshintergrund. Er berichtet weiterhin, dass das Thema der interkulturellen Seniorenarbeit eines der Schwerpunkte in diesem Jahr sein wird.

Der Rat der Stadt hat beschlossen, dass zu den vier bestehenden Quartiersbüros weitere zwei eingerichtet werden. In diesem Zusammenhang ist eine schwerpunktmäßige Implementierung der interkulturellen Seniorenarbeit im Stadtteil Osterfeld sachlich geboten.

Mit der Unterstützung der Ruhr-Universität-Bochum, Fakultät für Sozialwissenschaften, sieht er die Möglichkeit, die Situation der interkulturellen Seniorenarbeit genauer zu betrachten sowie wissenschaftlich und methodisch zu analysieren. Er erhofft sich, in der nächsten Sitzung des Integrationsrates Ergebnisse präsentieren zu können. Auch im Hinblick auf den voraussichtlichen Einzug der AfD bzw. rechtspopulistischer Parteien in den Rat der Stadt Oberhausen 2020 sei es wichtig, das Thema der Integration zu versachlichen.

Anschließend stellt Frau Bulut sich vor und präsentiert dem Integrationsrat ihr Vorhaben, im Rahmen ihrer Bachelor-Arbeit der Sozialwissenschaften die interkulturelle Seniorenarbeit im Quartier zu untersuchen, am Beispiel von Oberhausen-Osterfeld.

Dabei wolle Sie als Themenschwerpunkt u. a. eine Bedarfsermittlung vornehmen, um herauszufinden, welche Angebote es für ältere Menschen in Oberhausen-Osterfeld gibt und wie bzw. ob diese Angebote von Menschen mit Migrationshintergrund genutzt werden.

Stadt	11.12.2018 17:00 Uhr	Integrationsrat
Oberhausen	Wahlzeit 2014/2020	Niederschrift
23. Sitzung des Integrationsrates		
Rathaus Oberhausen, Raum 217, Ratssaal, Schwartzstraße 72, 46045 Oberhausen		

Herr Telli betont zuletzt die Relevanz von Oberhausen-Osterfeld für diese Thematik auf Grund des dort hohen Anteils an Menschen aus der „Zechengeneration“.

Vors. Erdas fragt, ob es hierzu noch Ergänzungen, Anregungen etc. gibt. da es keine Wortmeldungen gibt beendet sie den TOP und bedankt sich bei Frau Bulut.

3. Kommunales Integrationskonzept (KIKO) Sachstandsbericht

Vors. Erdas bittet Herrn Kalthoff zu Wort.

Herr Kalthoff berichtet zum Sachstand in den Bereichen Integration durch Bildung und Integration durch Sport:

Alle zugewanderten Kinder werden zeitnah, 4-6 Wochen nach Vorstellung beim Kommunalen Integrationszentrum, eingeschult. Hervorzuheben sind hierbei 45 Jugendliche Ü18, die beschult werden.

Auch wurde im Bereich Integration durch Sport in den Herbstferien zum siebten Mal ein Schwimmprojekt durchgeführt, bei dem 38 Schüler*Innen von mehreren Schulen teilgenommen und innerhalb von 10 Tagen unterschiedliche Schwimmabzeichen erlangt haben.

Ebenfalls geht Herr Kalthoff auf neue Sportprojekte ein, die für das Jahr 2019 geplant sind: 1. Ein Basketball-Angebot für Mädchen und Jungen im Alter von 12-17 Jahren an der Christoph-Schlingensief-Schule; 2. Ein Fußball-Angebot auf dem Kunstrasenplatz des SSB (Stadtssportbund) für männliche Jugendliche ab 16 Jahren, 3. Außerdem ist ein Mädchenfußballprojekt in Planung.

Herr Telli betont dabei nochmal, dass Integration durch Sport unterschätzt wurde. Mit dem Instrument Sport und der damit einhergehenden Angebote können viele Menschen aus verschiedenen Kulturen innerhalb kürzester Zeit erreicht und Begegnungen organisiert werden. Integration durch Sport hat sich somit als hervorragender Ansatz erwiesen und sollte auch weiter unterstützt bzw. ausgebaut werden.

Auf Nachfrage von Herr Tuna erläutert Herr Kalthoff außerdem den Begriff der „Seiteneinsteiger“.

Vors. Erdas beendet den TOP und bedankt sich bei Herrn Kalthoff.

4. Wartezeiten und Probleme bei der Einbürgerung Horst Ohletz, Bereichsleiter des Bürgerservices, öffentliche Ordnung

Vors. Erdas nimmt Bezug auf die letzte Sitzung des Integrationsrates, in der Auffälligkeiten, was Wartezeiten und Antragstellung beim Einbürgerungsverfahren angeht, festgestellt wurden. Sie begrüßt zu diesem TOP den zuständigen Bereichsleiter Herr Ohletz.

Zunächst nennt Herr Ohletz Allgemeines zur Einbürgerung. So ist in der Regel Voraussetzung, dass man 8 Jahre in Deutschland lebt, den eigenen Lebensunterhalt verdient, die deutsche

Stadt Oberhausen	11.12.2018 17:00 Uhr	Integrationsrat
	Wahlzeit 2014/2020	Niederschrift
23. Sitzung des Integrationsrates		
Rathaus Oberhausen, Raum 217, Ratssaal, Schwartzstraße 72, 46045 Oberhausen		

Sprache beherrscht und nicht straffällig geworden ist. Die aktuell verlängerten Wartezeiten bei Beratungsgesprächen zur Einbürgerung erklärt er mit einer deutlichen Erhöhung der Zahl von Ratsuchenden (2017: 950; 2018 bisher: 1600). Zum Großteil hätten die Menschen dabei zum jetzigen Zeitpunkt keinerlei Anspruch auf Einbürgerung, da sie u.a. oftmals erst seit einem Jahr in Deutschland leben. Die Mitarbeitenden in der Einbürgerungsstelle würden zwar telefonisch schon deutlich darauf aufmerksam machen, dass, wenn Voraussetzungen nicht erfüllt sind, kein Anspruch besteht, allerdings bestünden viele der betreffenden Personen dennoch auf eine persönliche Vorsprache. Da jede/-r ein Recht auf eine solche Vorsprache in der Einbürgerungsstelle habe, würden selbstverständlich auch Termine vergeben werden.

Für solche Termine seien jeweils 30 Minuten angesetzt, oftmals bringen Menschen jedoch auch Fragen zur Einbürgerung von (mehreren) Familienmitgliedern mit, wodurch sich die Beratung noch zeitaufwändiger gestalte.

Die dadurch entstandene Erhöhung der Wartezeiten habe Herr Ohletz auch bemerkt und halte die 6-8 Monate, die durchschnittlich bis zur Einbürgerung eines Menschen vergehen, für eine „nicht tolerable Zeit.“ Es werde allerdings versucht, dem entgegenzuwirken, durch die Aufstockung einer Halbzeit- auf eine Vollzeitstelle, geänderte Öffnungszeiten und dadurch, dass Menschen mit Anspruch zudem zu gesonderten Terminen eingeladen werden.

Herr Aksünger stellt die Frage, woher die Betroffenen entsprechende Informationen bekommen, sodass sie denken, sich beispielsweise nach einem Jahr Aufenthalt in Deutschland einbürgern lassen zu können. Herr Ohletz antwortet, dass die betreffenden Personen in der Beratung auch danach gefragt wurden, jedoch sei keine klare Herkunft dieser Fehlinformation erkennbar. Die Leute hätten die Information „vom Hörensagen“.

Des Weiteren seien die Ablehnungsbescheide, so Herr Ohletz, jetzt auch kostenpflichtig (150,00 €). Diese Maßnahme sei nicht zur Abschreckung gedacht, sondern dadurch begründet, dass diese Bescheide in der Vergangenheit einen sehr kleinen Prozentsatz ausgemacht hätten und daher auf die Erhebung von Gebühren verzichtet wurde. Nun allerdings seien die Fallzahlen gestiegen, Beratungen bänden Personal und der Verwaltungsaufwand wachse. Jedoch gebe es auch die Möglichkeit, Erlassanträge zu stellen.

Herr Tüzün merkt an, wie man präventiv vorgehen kann, damit insbesondere auch die Leute mit Anspruch auf Einbürgerung möglichst schnell beraten werden können.

Herr Erdogan berichtet von einer seiner Mitarbeiterinnen, die seit 1½ Jahren auf ihre Einbürgerung wartet.

Herr Telli stellt dabei auch den Bezug zur Einbürgerungskampagne der Stadt Oberhausen her: Lange Wartezeiten wirken demotivierend, die Behörden seien jedoch auch angehalten, alle Ratsuchenden gleich gut zu versorgen. Er plädiert dafür, bestehende Infrastruktur und Möglichkeiten, wie bspw. gesonderte Termine für Menschen mit Anspruch auf Einbürgerung zu nutzen, um Wartezeiten zu minimieren. Informationen müssten zielgerichtet übermittelt werden.

Herr Sahin schlägt vor, Flyer mit Basics zur Einbürgerung bspw. in Vereinen wie Migranten-selbstorganisationen und an andere Multiplikator*innen zu verteilen.

Herr Telli ergänzt, dass es wichtig sei, Informationen systematisch zu vermitteln, um auch Geflüchtete zu erreichen, die objektiv noch keinen Anspruch auf Einbürgerung haben. Eine Möglichkeit hierzu sieht er darin, etwaige Flyer auch über das Kommunale Integrationszentrum und die Flüchtlingsberatungsstellen zu verteilen. Herr Ohletz sagt, er nehme diese Anmerkungen

Stadt	11.12.2018 17:00 Uhr	Integrationsrat
Oberhausen	Wahlzeit 2014/2020	Niederschrift
23. Sitzung des Integrationsrates		
Rathaus Oberhausen, Raum 217, Ratssaal, Schwartzstraße 72, 46045 Oberhausen		

und Ideen auf. Er fügt hinzu, dass zu beachten sei, dass die genannten Voraussetzungen (8 Jahre Aufenthalt etc.) grundlegende Faktoren seien, alles spezifischere jedoch schwierig abzubilden sei.

Herr Basoglu äußert weiterhin die Idee, dass der Bürgerservice Schulungen beispielsweise mit der Kurbel veranstalten könnte, um Multiplikator*innen zu schulen und somit die Verbreitung von Fehlinformationen zu verringern und dieser vorzubeugen. Herr Koch sieht diesen Ansatz der Schulung von Multiplikator*innen als „richtigen Weg“ und schlägt weiterhin vor, das Thema im „Arbeitskreis Flucht und Migration“ im Februar anzusprechen und den entsprechenden Personenkreis zu informieren.

Vors. Erdas beendet den TOP und bedankt sich bei Herrn Ohletz.

5. Herkunftssprachlicher Unterricht (HSU)

Vorlage: M/16/3926-01

Vors. Erdas erteilt Frau Jordan-Ecker das Wort.

Frau Jordan-Ecker berichtet über die Gesamtsituation des herkunftssprachlichen Unterrichts (HSU) in Oberhausen und erläutert die vorliegende Vorlage, in der ein Gesamtüberblick über alle HSU-Angebote dargestellt ist. Darüber hinaus beantwortet sie Fragen im Zusammenhang mit der Diskussion um den HSU bzw. fremdsprachlichen Unterricht am Bertha-von-Suttner-Gymnasium. Es werde aktuell kein HSU angeboten, jedoch würden Gespräche mit dem Schulausschuss und der Bezirksregierung geführt. Rahmenbedingungen für das Zustandekommen von HSU an Schulen sind der Vorlage zu entnehmen (Drucksache-Nr.: M/16/3926-01)

Vors. Erdas äußert, dass sie die Vorlage irritierend finde. Sie fragt, welche Intention dahinter steht, zumal die Diskussion um den HSU am Bertha-von-Suttner-Gymnasium noch nicht aufgearbeitet worden ist.

Frau Jordan-Ecker äußert in Bezug auf die Intention, dass die Vorlage der sachlichen Aufklärung über den Unterschied von fremdsprachlichem Unterricht (FSU) und HSU diene und dazu, den HSU am Bertha-von-Suttner-Gymnasium zu implementieren.

Auf Nachfrage von Herr Basoglu erläutert Frau Jordan-Ecker die in der Vorlage enthaltene Tabelle. Für Herr Basoglu sei dabei der Unterschied der Schüler*innen-Zahlen, die in der Primarstufe (ca. 600) und in der Sekundarstufe I (ca. 300) am HSU teilnehmen, erschreckend.

Frau Demirci bemerkt in Bezug darauf, dass sie sehr viele Mütter kenne, die wollen, dass ihr Kind die Herkunftssprache - in den von ihr berichteten Fällen Türkisch - lernt, aber kein HSU an den jeweiligen Schulen der Kinder angeboten wird.

Herr Telli unterstreicht die aufgekommenen Irritationen. Er kritisiert, dass der Elternschaft des Bertha-von-Suttner-Gymnasiums, die sowohl im Schulausschuss der Stadt Oberhausen als auch im Integrationsrat in keinsten Weise geholfen worden ist. Für ihn ist unerklärlich, warum das Schuldezernat als auch die zuständige Bezirksregierung den Elternwillen so offensichtlich ignoriert habe. Er findet auch befremdlich, dass mit einer gewissen „Salamitaktik“ die Eltern frustriert werden.

Herr Telli stellt fest, dass Türkisch in NRW eine wichtige Handelssprache sei und deshalb das

Stadt	11.12.2018 17:00 Uhr	Integrationsrat
Oberhausen	Wahlzeit 2014/2020	Niederschrift
23. Sitzung des Integrationsrates		
Rathaus Oberhausen, Raum 217, Ratssaal, Schwartzstraße 72, 46045 Oberhausen		

Angebot und das Erlernen der türkischen Sprache für alle forciert werden sollte.

Die Beherrschung der türkischen Sprache von vielen in Oberhausen lebenden Menschen auch als Ressource/Mehrwert zu sehen, wurde dabei in der ganzen Diskussion nicht gesehen, dieser Ansatz wurde von mehreren Wortbeiträgen, u.a. Frau Demirci und Herr Basoglu, unterstrichen.

Vors. Erdas bedankt sich für die rege Diskussion und bei Frau Jordan-Ecker und beendet den TOP.

6. Familienbericht 2017 **Vorlage: M/16/4088-01**

Vors. Erdas bittet Frau Schönfeld-Nastoll und Frau Costeck, die Vorlage zu erläutern.

Frau Schönfeld-Nastoll und Frau Costeck präsentieren die Ergebnisse und Handlungsempfehlungen des aktuellen Familienberichts von 2017.

Frau Schönfeld-Nastoll berichtet zunächst zu den Ergebnissen, dass diese aufgrund unterschiedlicher Rücklaufzahlen aus den einzelnen Stadtteilen nicht repräsentativ seien. Der Fokus der Präsentation wird im Anschluss auf Ergebnisse zu den Menschen u. Familien mit Migrationshintergrund gelegt: So sei die Informationslage der Menschen mit Migrationshintergrund in Oberhausen vor allem geringer als der städtische Durchschnitt in den Bereichen Schule/Lernen, Erziehung/Kindliche Bildung, Papierkram/Verwaltung und Verbraucherschutz/allgemeine Rechtslage. Die Frage, die dies aufwerfe, sei: Wo sollte man mehr Informationen zu welchen Themen anbieten, um die Menschen zu erreichen? So sind besonders bei Familien mit Migrationshintergrund Vergünstigungen und wirtschaftliche Hilfen von freien Trägern nicht bekannt. Auch kennen viele Jugendliche Einrichtungen und Angebote für sie nicht, der Bekanntheitsgrad sei „nicht zufriedenstellend“. Frau Schönfeld-Nastoll weist des Weiteren in Bezug auf die Handlungsempfehlungen des Berichtes darauf hin, dass diese noch nicht entscheidungsreif sind.

Frau Costeck geht anschließend genauer auf die Handlungsempfehlungen ein. Seit dem letzten Familienbericht (2012) ist im Bereich Familie viel passiert, bspw. der Ausbau der Familienzentren, Etablierung des Projekts „Baby-Pilot“ und das Stattfinden des Wettbewerbs für familienfreundliche Unternehmen.

Zu den neuen Handlungsempfehlungen zähle beispielsweise:

- Sozialraumgespräche wieder einführen
- Sogenannte „Brückenpersonen“ (ehrenamtlich) koordinieren, die Brücken zur sozialen Infrastruktur bauen können
- Randzeitenbetreuungen in den Kindertageseinrichtungen ausbauen

Herr Telli betont die Relevanz der Umsetzung der Empfehlungen und greift sie als Teil der Grundlage der Arbeit des Integrationsrates auf. Weiterhin sieht er in dem neuen Teilhabechancengesetz großes Potential bei der Umsetzung der Handlungsempfehlungen. Das Jobcenter Oberhausen habe dabei für Oberhausen ca. 500 mögliche Arbeitsplätze prognostiziert.

Stadt	11.12.2018 17:00 Uhr	Integrationsrat
Oberhausen	Wahlzeit 2014/2020	Niederschrift
23. Sitzung des Integrationsrates		
Rathaus Oberhausen, Raum 217, Ratssaal, Schwartzstraße 72, 46045 Oberhausen		

Vors. Erdas beendet den TOP und bedankt sich bei Frau Schönfeld-Nastoll und Frau Costeck für die Ausführungen.

7. Sachstand § 27 Gemeindeordnung NRW

Vors. Erdas bittet Herrn Telli den aktuellen Sachstand zu geben.

Herr Telli erläutert den Sachstand zur Gesetzesänderung der Gemeindeordnung NRW. Die aktuelle Diskussion sieht auch weiterhin den Integrationsrat als Regeleinrichtung. Zuletzt wurde dies im Ausschuss für Kommunales des Landes NRW mit dieser Zielrichtung diskutiert.

Kommunen, die einen Ausschuss für Integration haben möchten, müssen dies im Rat der Stadt explizit beschließen. In Oberhausen stellt sich diese Diskussion nicht, sowohl der Oberbürgermeister als auch die Fraktionen und Gruppen im Rat der Stadt haben sich für die Beibehaltung des Integrationsrates ausgesprochen. Daher geht er davon aus, dass wir im Herbst 2020 einen neuen Integrationsrat wählen werden.

Herr Telli äußert weiterhin, dass eine große Anzahl der NRW-Städte sich für die Regeleinrichtung aussprechen werden, zumal bei einem Ausschuss die Repräsentanz der Menschen mit Migrationshintergrund abgeschwächt werde.

Vors. Erdas beendet den TOP und bedankt sich bei Herrn Telli.

8. Förderantrag Alevitische Gemeinde Alt-Oberhausen und Umgebung e.V.

Vors. Erdas fragt nach Vorschlägen zum Antrag.

Herr Ciftci schlägt einen Zuschuss in Höhe von 400,00 Euro vor.

Der Antrag wird ohne Gegenstimmen angenommen.

9. Mitteilungen und Anfragen

Zu diesem TOP erhält Herr Telli das Wort.

Herr Telli verweist auf eine Veranstaltung am 12.03.2019. In Kooperation mit dem Jugendparlament werde eine Lesung mit Dr. Mehmet Daimagüler organisiert, der im sog. NSU-Prozess (einer) der Vertreter der Nebenklage war. Herr Telli spricht seinen Dank für Herr Tüzün aus, der dabei geholfen habe, den Kontakt zu Herrn Daimagüler herzustellen. Die Lesung werde im „Café Stay“ im „Place2Be“ stattfinden. Weitere Infos werden folgen. Herr Telli betont dabei, dass es wichtig sei, der Jugend mitzugeben, dass es trotz „Top-Zuständen“ in Deutschland immer noch Problemlagen gibt, die aufgeklärt und aufgearbeitet werden müssen.

Auch weist Herr Telli auf ein Schreiben zur Auskunft gemäß des §16 KorruptionsbG hin, dass die Mitglieder des Integrationsrates erhalten haben. Diejenigen, die dieses Pflichtformular noch nicht ausgefüllt an die Stadtkanzlei geschickt haben, werden nochmals von der Geschäftsstelle des Integrationsrates benachrichtigt.

Stadt Oberhausen	11.12.2018 17:00 Uhr	Integrationsrat
	Wahlzeit 2014/2020	Niederschrift
23. Sitzung des Integrationsrates		
Rathaus Oberhausen, Raum 217, Ratssaal, Schwartzstraße 72, 46045 Oberhausen		

Ein weiterer Punkt, den Herr Telli anspricht, ist die Veränderung der thematischen Schwerpunktsetzung des Newsletters „Wege weisen - Brücken bauen“. Dieser solle sich zukünftig mehr auf Integration insgesamt beziehen und weniger Fokus auf Angebote für Geflüchtete setzen.

Vors. Erdas beendet den öffentlichen Teil und geht zum nichtöffentlichen Teil der Sitzung über. Dazu bittet sie alle Gäste, die nicht zum gewählten Integrationsrat oder zur Verwaltung gehören, den Saal zu verlassen und wünscht diesen einen schönen Abend.